

Dossier Wirtschaftspolitik
2016/4 | 25. August 2016

Diagnose Österreich 2016

Einschätzungen und Empfehlungen zur österreichischen Wirtschaftspolitik

Die Perspektiven der Europäischen Kommission, OECD und IWF



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autoren:

Devin Bicer, MA
+43 (0)5 90 900-4401
devin.bicer@wko.at

Mag. Sophie Windisch, M.A.I.S.
+43 (0)5 90 900-4229
sophie.windisch@wko.at

Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary	3
2 Wirtschaftliche Lage in Österreich	4
2.1 Unterdurchschnittliche Entwicklung der österreichischen Wirtschaft.....	4
2.2 Strukturelle Probleme als Wachstumsbremse.....	5
3 Wirtschaftspolitische Empfehlungen an Österreich	6
3.1 Wachstum und Unternehmertum.....	7
3.1.1. Investitionen und Wachstum	7
3.1.2. Innovation.....	7
3.1.3. Dienstleistungen	8
3.1.4. Banken.....	8
3.2 Fachkräfte und Bildung	9
3.2.1. Bildung	9
3.2.2. Ältere Arbeitnehmer	10
3.2.3. Migration	10
3.2.4. Gender	11
3.3 Entlastung und Bürokratieabbau	11
3.3.1. Finanzen	12
Exkurs: Fiskalpolitische Einschätzungen aus Österreich - Empfehlungen des Fiskalrates.....	12
3.3.2. Steuerlast	13
3.4 Standort und Systeme	13
3.4.1. Pensionen	13
3.4.2. Gesundheitswesen.....	14
3.4.3 Föderalismus und Verwaltung	14
4 Ergebnis: Diagnose Österreich 2016	16
4.1 Österreichs Stärken und Schwächen auf einen Blick	17
5 Quellen	18

1 Executive Summary

Die Diagnose Österreich bietet einen umfassenden Überblick über die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich aus der Sicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission (EK).

Als Ausgangspunkt dieser Ausgabe dienen

- der jährlich herausgegebene Länderbericht (zuletzt erschienen am 26.2.2016) sowie die länderspezifischen Empfehlungen (zuletzt erschienen am 18.5.2016) der Europäischen Kommission,
- der am 12.2.2016 publizierte Art. IV Konsultation des Internationalen Währungsfonds, die auf einem jährlich abzuhaltenden Konsultationsgespräch zwischen dem IWF und dem betreffenden Mitgliedsland über dessen Wirtschaftslage beruht sowie
- der im Juli 2015 veröffentlichte OECD-Wirtschaftsbericht zu Österreich und der 2016 erschienene Going for Growth-Bericht der OECD.

Nach einer zusammenfassenden Beurteilung der österreichischen wirtschaftlichen Lage liegt der Schwerpunkt dieser Unterlage auf einer kurzen Bestandsaufnahme des Status Quo in vier ausgewählten Bereichen gemäß den Berichten der internationalen Organisationen: Wachstum und Unternehmertum, Fachkräfte und Bildung, Entlastung und Bürokratieabbau sowie Standort und Systeme. Es werden die von den internationalen Organisationen für den jeweiligen Bereich ausgesprochenen Empfehlungen genannt sowie die bereits umgesetzten Maßnahmen bzw. der Stand der Umsetzung der Empfehlung analysiert. Der Stand der Umsetzung basiert größtenteils auf dem österreichischen Länderbericht sowie den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission.

Aufgrund der Detailliertheit und internationalen Reichweite sowie ihrer übereinstimmenden Ergebnisse eignen sich die Einschätzungen dieser drei Organisationen besonders gut als objektive Quelle für Empfehlungen zur Ausrichtung der zukünftigen österreichischen Wirtschaftspolitik.

Die **10 Top-Empfehlungen** für Österreich:

- die langfristige Einhaltung des strukturellen Defizits durch Umsetzung von Reformen gewährleisten
- die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems sicherstellen
- die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften und von Frauen erhöhen
- die Stabilität des Finanzsektors stärken
- eine aktivere Integrationspolitik fortsetzen
- Bildung inklusiver gestalten
- Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung der unterschiedlichen staatlichen Stellen zusammenführen und vereinfachen
- wachstumshemmende Steuern minimieren
- unverhältnismäßige Schranken für Dienstleistungsanbieter reduzieren
- die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes für Unternehmensgründungen und -führung erhöhen

2 Wirtschaftliche Lage in Österreich

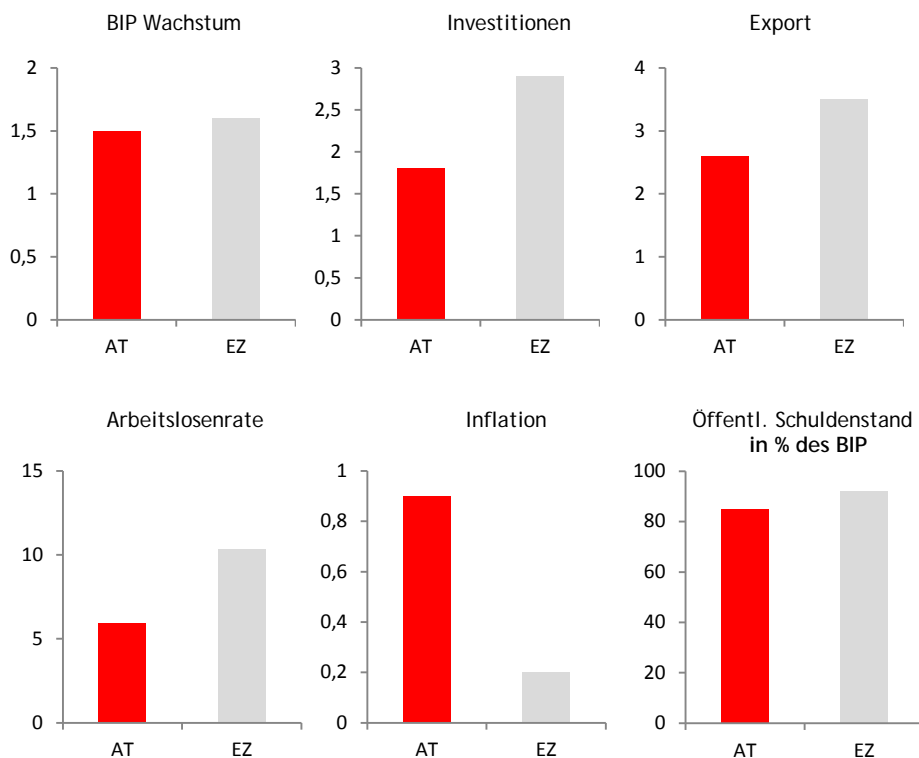
2.1 Unterdurchschnittliche Entwicklung der österreichischen Wirtschaft

OECD, IWF und Europäische Kommission beschreiben Österreich als wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, die gut in internationale Wertschöpfungsketten eingebettet ist und über ein relativ hohes BIP pro Kopf Einkommen und international niedrige Arbeitslosenraten verfügt.

Diesen positiven, absoluten Zahlen stehen relative Verschlechterungen der letzten Jahre gegenüber. Den Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums und der EU-28 hat Österreich bereits im Jahr 2014 verloren. 2015 zählte Österreich zu den vier EU-Ländern mit dem geringsten Wachstum (2015: +0,9 %). 2016 wird Österreichs Wirtschaftswachstum erstmals seit 2011 wieder über 1,0 % betragen, die Prognosen des Wirtschaftswachstums 2016 der drei internationalen Organisationen liegen zwischen 1,3 % und 1,5 %. Damit befände sich Österreich aber dennoch unter den EU-Ländern mit dem geringsten Wachstum.

Treiber des nunmehr im Vergleich zu den Vorjahren höheren Wachstums ist der höhere private Konsum durch die Effekte der Steuerreform. Die Exportaussichten für Österreich sind günstig und in der Folge sollten auch die Investitionen nach drei Jahren mit sehr schwacher Entwicklung wieder anziehen. Die hohe Immigration erhöht die öffentlichen und privaten Ausgaben und das Arbeitskräfteangebot. In Kombination mit Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsquote führt dies dazu, dass trotz Beschäftigungshoch die Arbeitslosigkeit bis 2017 weiterhin ansteigen wird. Trotz schwachen Wirtschaftswachstums und steigender Arbeitslosigkeit verfestigen sich die im Vergleich zur Euro-Zone höheren Inflationsraten. Dieses Inflationsdifferenzial wird 2017 noch stärker anwachsen. Der öffentliche Schuldenstand hat, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, seinen Höchststand erreicht und sollte in den kommenden Jahren zurückgehen.

Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren Österreich (AT) - Eurozone (EZ)



Daten 2016; BIP Wachstum real, Bruttoanlageinvestitionen real, Waren- und Dienstleistungsexporte real, harmonisierter Verbraucherpreisindex: jährliche Veränderung ggü. Vorjahr in %. Arbeitslosenrate in % gemäß Eurostat Definition, öffentlicher Schuldenstand in % des BIP
Quelle: Europäische Kommission, Spring Economic Forecast, Mai 2016

2.2 Strukturelle Probleme als Wachstumsbremse

Strukturelle Probleme, die die österreichische Wettbewerbsfähigkeit belasten und mittelfristig den Wohlstand in Österreich gefährden, werden immer noch nicht energisch genug gelöst. OECD, IWF und Europäische Kommission konstatieren zwar in einigen Bereichen begrenzte Fortschritte, orten jedoch nach wie vor strukturelle Schwächen, die einen dynamischen Aufschwung in Österreich erschweren.

Neben dem geringen Wirtschaftswachstum der letzten vier Jahre ist 2015 auch das Potenzialwachstum aufgrund der geringen Investitionstätigkeit, des Mangels an Produktivitätssteigerungen und des stagnierenden Arbeitsangebots bezogen auf die Gesamtstunden auf unter 1,0 % gesunken. Das Potenzialwachstum sollte sich bis 2020 angesichts steigender Investitionen, einer Steigerung des Arbeitskräfteangebots und der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erholen.

Die österreichische Leistungsbilanz ist positiv und entwickelt sich für Österreich vorteilhaft. Die Arbeitslosenrate ist im internationalen Vergleich niedrig, befindet sich historisch gesehen allerdings auf österreichischem Rekordniveau. Die Beschäftigung steigt zwar, allerdings zulasten einer stagnierenden Arbeitsproduktivität vor allem auch im Dienstleistungsbereich, die sich negativ auf die Lohnstückkostenentwicklung in Österreich und auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors auswirkt. Die Produktivität könnte durch einen verbesserten Finanzierungszugang für Start-ups und KMU und weniger Regulierung in den Dienstleistungsmärkten erhöht werden.

Der öffentliche Schuldenstand Österreichs gemessen am BIP zählt zu den höchsten in der EU und der OECD und sollte nach seinem jetzigen Höchststand in den nächsten Jahren sinken. Mittelfristig müssen Strukturreformen den notwendigen budgetären Spielraum für potentielle antizyklische Maßnahmen schaffen, auch, um langfristig die Finanzierung steigender Gesundheits- und Pflegekosten einer alternden Gesellschaft gewährleisten zu können. Wichtig ist hierbei vor allem, die Ausgaben in den Bereichen Soziales und Bildung effizienter zu gestalten, damit Österreich in diesen Bereichen den Ausgaben entsprechende Ergebnisse erzielt.

Die Abgaben- und Steuerlast, insbesondere des Faktors Arbeit, bleibt auch nach der Steuerreform im internationalen Vergleich hoch, weitere Senkungen sollten wachstumsfreundlich gegenfinanziert oder an die zeitgleiche Senkung von Staatsausgaben gekoppelt werden.

Alle drei Institutionen gehen davon aus, dass sich die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren erholen und stärker als zuletzt wachsen wird. Die Investitionen sollten sich auf Basis des niedrigen Zinsniveaus und der niedrigen Rohstoffpreise verbessern und der Konsum wird - unterstützt durch die Steuerreform - Wachstumsimpulse geben. Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen würde Österreichs Potenzialwachstum anheben und sich vorteilhaft auf die mittelfristige Budgetsituation auswirken.

Übersicht: Makroökonomische Prognosen	OECD		IWF		EK	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
BIP-Wachstum (jährliche Veränderung in %)	1,3	1,6	1,4	1,4	1,5	1,6
Exporte (Waren und DL, jährliche Veränderung in %)	3,4	4,7	3,2	3,8	2,6	3,6
Inflation	1,0	2,0	1,4	1,8	0,9	1,7
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	2,0	2,0	2,6	2,7	3,1	3,3
Arbeitslosenrate	5,8	5,6	6,2	6,4	5,9	6,1
Öffentl. Schuldenstand (in % des BIP)	86,0	85,3	85,4	83,7	84,9	83,0
Öffentl. Defizit (in % des BIP)	-1,6	-1,3	-1,8	-1,4	-1,5	-1,4
Strukturelles Defizit (in % des BIP)	x	x	-1,0	-1,0	-0,9	-1,2

Quelle: OECD, IWF, Europäische Kommission

3 Wirtschaftspolitische Empfehlungen an Österreich

Zukunft I Wirtschaft 2015 - 2020

Da sich die Empfehlungen der drei Organisationen zu einem großen Teil mit dem wirtschaftspolitischen Programm Zukunft I Wirtschaft 2015 - 2020 der Wirtschaftskammer Österreich decken, wurden als Ausgangspunkt der diesjährigen Analyse die Themenfelder von Zukunft I Wirtschaft 2015 - 2020 zur Gliederung verwendet:

- Wachstum und Unternehmertum
- Fachkräfte und Bildung
- Entlastung und Bürokratieabbau
- Standort und Systeme

Aufgrund der thematischen Breite der Themenfelder erfolgt in einem zweiten Schritt eine Untergliederung in einzelne Teilbereiche, die auf den Berichten und Empfehlungen der internationalen Organisationen basiert.

Bereich/Empfehlung	
3.1. Wachstum und Unternehmertum Investitionen Innovation Dienstleistung Banken	3.2. Fachkräfte und Bildung Bildung Ältere Arbeitnehmer Migration Gender
3.3. Entlastung und Bürokratieabbau Finanzen Steuerlast	3.4. Standort und Systeme Pensionen Gesundheitssystem Föderalismus

Jeder Punkt ist so gegliedert, dass nach einer kurzen Bestandsaufnahme Empfehlungen der drei Organisationen vorgestellt sowie bereits umgesetzte Maßnahmen analysiert und bewertet werden. Die Umsetzung bereits ausgesprochener Empfehlungen werden mit einem Ampelsystem bewertet (grün = positiv, gelb = neutral, rot = negativ). Sowohl die Bestandsaufnahme als auch die Empfehlungen basieren auf den Berichten der internationalen Organisationen. Die Bewertungen der Umsetzung basieren größtenteils auf dem österreichischen Länderbericht sowie auf den länder-spezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission.

Empfehlungsbereich	Nennung der int. Organisationen*		
	IWF	EK	OECD
3.1. Wachstum und Unternehmertum			
Investitionen	X	X	X
Innovation		X	
Dienstleistung		X	X
Banken	X	X	
3.2. Fachkräfte und Bildung			
Bildung	X	X	X
Ältere Arbeitnehmer	X	X	X
Migration	X	X	X
Gender		X	X
3.3. Entlastung und Bürokratieabbau			
Finanzen	X	X	
Steuerlast	X	X	X
3.4. Standort und Systeme			
Pensionen	X	X	X
Gesundheitssystem	X	X	X
Föderalismus	X	X	X

*Jeweilige internationale Organisation legte Fokus auf entsprechenden Empfehlungsbereich in ihren Berichten.

3.1 Wachstum und Unternehmertum

3.1.1. Investitionen und Wachstum

In Österreich bestehen beim Zugang von Unternehmen zu Finanzierungsmitteln kurzfristig keine Engpässe, allerdings könnte der Mangel an ausreichenden, zuverlässigen und diversifizierten Finanzierungsmöglichkeiten für KMU und Start-up-Unternehmen dazu führen, dass das Land sein Wachstums- und Beschäftigungspotenzial nicht voll ausschöpft.¹

Die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP) ist seit 2013 weiter gesunken (IWF). Seit Beginn der Finanzkrise sind Gewinne ausländischer Investitionen in Österreich und Gewinne aus Österreichs Auslandsinvestitionen vermehrt ausgeschüttet statt reinvestiert worden (EK). Die Zurückhaltung bei der Reinvestition von Unternehmensgewinnen ist laut EK ein typisches Merkmal der Nachkrisenphase und deutet auf eine übermäßige Exponierung im vorangegangenen Zeitraum oder auf eine Anpassung der Renditeerwartungen hin.

Empfehlungen der EK, OECD und IWF:

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes für Unternehmensgründung und Unternehmensführung zu erhöhen, um Investitionen und Wachstum zu fördern



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK und der OECD:

Regierungsinitiativen, die Venture Capital und Crowdfunding unterstützen, schaffen die Möglichkeit, Unternehmertum und Investitionen in Unternehmen anzukurbeln. Mit dem neuen 2015 verabschiedeten Gesetz über Crowdfunding wurde der Rechtsrahmen für alternative Finanzierungen deutlich liberalisiert. Darüber hinaus stellt die österreichische Regierung direkt Förderungen zur Verfügung, um den Markt für Risikokapital anzukurbeln. Bislang hat dies jedoch noch nicht zu einem wesentlich gesteigerten Einsatz von Risikokapital geführt. Die unterdurchschnittliche Mobilisierung von Eigenmitteln innerhalb Österreichs stellt nach wie vor die größte Schwäche dar.



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK und der OECD: Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind keine Fortschritte bei der Verbesserung des Investitionsumfelds festzustellen. Die rechtlichen Barrieren und der Verwaltungsaufwand sind unverändert hoch.

3.1.2. Innovation

Empfehlung der EK:

Die Innovationsleistungen stärken



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK: Die FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIP beliefen sich in Österreich 2014 auf 2,99 %; dies ist der vierthöchste Wert in der EU. Außerdem zählt Österreich zu den EU-Ländern mit der seit dem Jahr 2000 am stärksten gestiegenen FuE-Intensität. Um das ehrgeizige Ziel von 3,76 % FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIPs bis 2020 zu erreichen, müssen allerdings noch weitere Anreize geschaffen werden, um die privaten FuE-Ausgaben zu steigern. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Forschungsprämie im Jänner 2016 von 10 % auf 12 %.

¹ Diese Beurteilung entstammt den Berichten der internationalen Organisationen und berücksichtigt nicht die im Juli 2016 im Ministerrat beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung von Jungunternehmen und Startups.

3.1.3. Dienstleistungen

Während Österreich Fortschritte bei der Deregulierung der Produktmärkte gemacht hat, sind die Regelungen für bestimmte Dienstleistungen, vor allem in Bezug auf den Markteintritt, eine der strengsten im OECD-Vergleich. Manche stark reglementierte Dienstleistungsbranchen verzeichneten in den vergangenen Jahren ein negatives Produktivitätswachstum. Auch für die Gründung interdisziplinärer Gesellschaften bestehen in Österreich nach wie vor Beschränkungen.

Verkrustungen auf den Dienstleistungsmärkten und bei den freien Berufen wirken sich nachteilig auf den Wettbewerb aus. Rechtliche Hindernisse, der große Verwaltungsaufwand und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten hemmen die Investitionsdynamik weiterhin in beträchtlichem Maße.

Empfehlungen der EK und der OECD:

Unverhältnismäßige Schranken für Dienstleistungsanbieter und Hindernisse für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen beseitigen



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK und der OECD: Begrenzte Fortschritte sind bei der Beseitigung unverhältnismäßiger Schranken für Dienstleistungsanbieter sowie von Hindernissen für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen zu verzeichnen. Österreich hat die Verhältnismäßigkeit seiner Vorschriften für reglementierte Berufe im Rahmen der gegenseitigen Evaluierung reglementierter Berufe geprüft. Das Land hat ein neues Post-Evaluierungsinstrument für alle Rechtsakte und ein neues einheitliches elektronisches System für die Gewerbeanmeldung eingeführt.

Im November 2015 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, um Vorschläge für die Beseitigungen von Hindernissen für interdisziplinäre Gesellschaften auszuarbeiten. Österreich hat auch angekündigt, die Beschränkungen in Bezug auf den satzungsgemäßen Sitz (Hauptsitz) für Architekten, Ingenieure und Patentanwälte beseitigen zu wollen. Im Dienstleistungssektor wurden keine bedeutenden politischen Maßnahmen ergriffen, welche die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt haben.

3.1.4. Banken

Die Europäische Kommission hat den österreichischen Bankensektor in ihrem Länderbericht einer eingehenden Analyse unterzogen und dabei festgestellt, dass dieser Sektor **keine makroökonomischen Ungleichgewichte** verursacht.

Die ausländischen Risikopositionen der Banken wurden bereits verringert und Maßnahmen zur Erhöhung der Kapitaldecke und zur Risikominderung bei der Kreditvergabefähigkeit der Banken getroffen.

Die Umstrukturierung der Finanzeinrichtungen hat sich auf die öffentlichen Finanzen niedergeschlagen, macht nun aber Fortschritte, ohne dass weitere öffentliche Mittel erforderlich wären.

Empfehlung des IWF, der EK und der OECD:

Maßnahmen treffen, um die durch ausländische Risikopositionen und unzureichende Aktiva-Qualität bedingte potenzielle Anfälligkeit des Finanzsektors zu mindern.



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der EK: Einige Fortschritte wurden im Hinblick auf die Minderung potenzieller Anfälligkeiten des Finanzsektor erzielt, da aufsichtsbehördliche Maßnahmen dazu beigetragen haben, die Auswirkungen der sich verschlechternden Aktiva-Qualität in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas auf Rentabilität und Kapitalausstattung der österreichischen Banken einzudämmen, und zwar u. a. durch die Verbesserung ihrer Finanzierungsstruktur und die Förderung der Ausweitung lokaler Finanzierungsquellen.

Insofern ist der österreichische Bankensektor widerstandsfähig, hat allerdings eine Reihe von zentralen Herausforderungen zu bewältigen.

3.2 Fachkräfte und Bildung

Österreichs Arbeitslosenquote liegt 2016 bei 5,9 % und ist damit nach wie vor niedriger als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat Österreich jedoch seine Spitzenposition im EU-Vergleich verloren und rutscht zunehmend ins Mittelfeld ab. Die relativ niedrige Erwerbsbeteiligung von älteren Menschen, Frauen, gering qualifizierten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund beeinträchtigt das Wachstumspotenzial Österreichs. Daher wird die bessere Nutzung des Arbeitskräftepotenzials mittelfristig von entscheidender Bedeutung sein.

3.2.1. Bildung

Schulen und Bildungsmöglichkeiten sollen integrativer werden. Das Bildungssystem scheint Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen zu wenig aufzubrechen, der Bildungserfolg junger Menschen in Österreich, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, wird nach wie vor stark von ihrem sozioökonomischen Hintergrund beeinflusst.

Besonders frühkindliche Bildung und Erziehung und ganztägige Schulformen können negative sozioökonomische Auswirkungen abfedern, sofern sie qualitativ hochwertig sind. Einwandererkinder sollten verstärkt in die frühkindliche Erziehung vor dem verpflichtenden Vorschuljahr eingebunden werden. Für junge Flüchtlinge und Migranten ist es besonders wichtig, auf ein angemessenes Bildungsangebot in Form von Sprachkursen, Aus- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und mehrsprachige Klassen zurückgreifen zu können.

Die Mittel für die Hochschulbildung in Österreich reichen aus, um das System aufrechtzuerhalten, sie sind jedoch zu knapp für weitere Reformen wie die kapazitätsorientierte Finanzierung. In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) mangelt es nach wie vor an Absolventen, um an die Innovationsführer (Dänemark, Finnland, Deutschland, Schweden) anzuknüpfen.

Empfehlungen der internationalen Organisationen:

Maßnahmen treffen, um die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen zu verbessern



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der EK und der OECD: Begrenzte Fortschritte wurden bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen erzielt. Ab 2018/2019 sollen 30 % aller Schulen ganztägigen Unterricht anbieten. Neue Programme, die die Ausbildungsqualität verbessern, einschließlich Zentralmatura und einem neuen Lehrausbildungsprogramm ab 2015 sowie verpflichtender

Qualitätsmanagementsysteme sollen an allen Schulen eingeführt werden.



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK: Die EU 2020-Ziele hinsichtlich des Anteils an Hochschulabsolventen (EU 2020-Ziel: 38 %, Österreich derzeit: 40 %) und der Senkung der Quote früher Schul- und Ausbildungsabgänger (EU 2020-Ziel: 9,5 %, Österreich-Quote 2014: 7,0 %) wurden bereits erreicht.

3.2.2. Ältere Arbeitnehmer

Die Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte in Österreich ist eine der niedrigsten der EU. Daher sollten alle Hindernisse für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer beseitigt und die Schlupflöcher zu einer möglichen Frühpensionierung geschlossen werden. Eine weitere Steigerung der Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte würde auch zur Verbesserung der langfristigen Verfügbarkeit ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte beitragen und das Wachstumspotenzial Österreichs stärken.

Empfehlungen der EK und der OECD:

Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften verstärken, Schlupflöcher in Bezug auf die Frühpensionierung schließen



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der internationalen Organisationen: Fortschritte sind bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte zu verzeichnen. Österreich hat zum Beispiel die Beschäftigungsinitiative 50+ ins Leben gerufen, die die Einstellung arbeitssuchender Personen über 50 Jahre, die länger als 6 Monate arbeitslos sind, fördert und mehr als 8 000 dauerhafte Arbeitsplätze schaffen soll.

Es bedarf weiterer Anstrengungen, die Zielwerte des Regierungsprogramms zu erreichen, die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems zu gewährleisten. 28,9 % der 60- bis 64-jährigen Männer bzw. 55,6 % der 55- bis 59-jährigen Frauen sind 2015 beschäftigt, dieser Wert müsste laut Regierungsprogramm bis 2018 auf 35,3 % bzw. 62,9 % angehoben werden.

Bisher wurde primär der Zugang zu Frühpensionen und Invalidenpensionen für Menschen unter 50 Jahre eingeschränkt. Die Maßnahmen zur Einschränkung des Zugangs zu Vorruhestandsregelungen müssen sich aber erst noch positiv auf den öffentlichen Haushalt auswirken.

3.2.3. Migration

Österreich hat eine der größten Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund unter den OECD-Staaten, doch ihr Arbeitsmarktpotenzial wird nach wie vor zu wenig ausgeschöpft. Des Weiteren gehört Österreich zu jenen Ländern, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl am stärksten vom jüngsten Zustrom an Flüchtlingen und Migranten betroffen sind.

Der Flüchtlingszustrom birgt sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Er schafft zwar einerseits eine erhöhte, aber bewältigbare Ausgabenbelastung. Andererseits kann eine erfolgreiche Integration das Potenzialwachstum wieder ankurbeln, das Arbeitskräfteangebot verjüngen und kann langfristig zu einem positiven Nettosteuerbeitrag verhelfen sowie letztendlich das fiskale Ungleichgewicht wieder ausgleichen. Dies sollte mit weiteren Strukturreformen zur Erhöhung des Produktivitätswachstums und der Erwerbsbeteiligungsquote einhergehen. Auch der erwartete Einfluss dieser Maßnahmen auf Löhne und Beschäftigung von Österreicherinnen und Österreichern ist zwar klein, aber positiv.

Empfehlungen der EK, IWF und OECD:

Erfolgreiche Integrationspolitik umsetzen



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der EK, des IWF und der OECD: Die schnelle Umsetzung von Maßnahmen für eine frühe und effiziente Integration wie beispielsweise Sprachtrainings und die Anstrengungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und Gesundheitsversorgung werden von den internationalen Organisationen begrüßt. Die Regierung hat einen 50-Punkte-Plan vorgestellt, der die Integration von Asylbewerbern erleichtern soll. Zusätzlich sind weitere Ausbildungsprogramme und eine Regierungsinitiative zur langfristigen Finanzierung für den Bau von 30.000 zusätzlichen Wohnungen von der Europäischen Investitionsbank durch die Wohnbauinvestitionsbank vorgesehen. In der Haushaltsplanung für 2016 sind zusätzliche 70 Mio. EUR für die Arbeitsmarktintegration vorgesehen.

Neben der Integration von Flüchtlingen soll gezielte Migration von Fachkräften auch vereinfacht und gefördert werden: 2011 wurden die Rot-Weiß-Rot-Karte in Österreich und die Bluecard der EU eingeführt, um die Immigration von Fachkräften zu erleichtern.



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der internationalen Organisationen: Es wird empfohlen, eine aktive Integrationspolitik umzusetzen, anerkannte Asylbewerber aufzunehmen und aktiv als Arbeitskräfte einzugliedern.

3.2.4. Gender

Die internationalen Organisationen sehen Österreichs traditionelles Modell der getrennten Geschlechterrollen in Bezug auf Arbeit und Familie zunehmend unter Druck. Der Karriereweg sowie Betreuungsverantwortungen sind bei Männern und Frauen sehr unterschiedlich.

Die getrennten und asymmetrischen Geschlechterrollen werden durch einige Faktoren unterstützt:

- Das Steuer- und Sozialleistungssystem: Die Einkommenssteuer sieht einen Alleinverdienerabsetzbetrag für Familien mit Kindern vor, wenn die Ehepartnerin/der Ehepartner nicht mehr als 6.000 Euro jährlich verdient. Diese Niedriglohnfalle für Zweitverdiener ist ein Anreiz für einen Verbleib in der Teilzeitbeschäftigung.
- Die Betreuungsinfrastruktur: Frauen unterbrechen ihre berufliche Laufbahn nach wie vor für einen relativ langen Zeitraum nach der Geburt, was durch das großzügige System der Elternkarenz begünstigt wird.

Langzeitprognosen der OECD empfehlen eine stärkere Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt. Durch eine Änderung des Steuer- und Sozialleistungssystems und einen Ausbau der Ganztageschulen und Kindergärten sowie Betreuungsstätten kann eine bessere Verteilung des Faktors Arbeit, ein Anstieg der Geburtenrate und letztendlich des potentiellen Outputs erwirkt werden.

Empfehlungen der EK und der OECD:

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen verstärken und zu diesem Zweck mehr Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeleistungen bereitstellen.



Umsetzung aus Sicht der EK und der OECD: Begrenzte Fortschritte wurden bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen erzielt, da das Angebot an qualitativen Kinderbetreuungsplätzen und ganztägigen Schulformen sowie die Bereitstellung von Langzeitpflegeleistungen, die mit einer Vollzeittätigkeit vereinbar sind, nach wie vor unzureichend sind. Die Betreuungsquote in Form von ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten liegt bei den 0- bis 2-Jährigen bei 23,8 %, soll jedoch laut dem Barcelona-Ziel der Europäischen Kommission 33 % erreichen. Die derzeitigen Regelungen der Karenz und familienbezogenen Beiträge sollten zu einem stimmigen, aber flexiblen Rahmen zusammengefügt werden.

3.3 Entlastung und Bürokratieabbau

Der Fokus bei den fiskalpolitischen Empfehlungen der drei Organisationen hat sich in den letzten Jahren nicht verändert: Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung soll durch ausgabenseitige Strukturereformen, insbesondere durch Reformen des Gesundheits- und Pensionssystems sowie einer Föderalismusreform, erreicht werden.

3.3.1. Finanzen

Die EK-Frühjahrsprognose geht 2016 bzw. 2017 von einem strukturell ausgeglichenen Budgetdefizit von 0,9 % bzw. 1,2 % des BIPs aus. Dieses strukturell ausgeglichene Defizit wird allerdings nur nach Anrechnung der außergewöhnlichen Belastungen der Flüchtlingszuwanderung und nur sehr knapp erreicht werden. Daher ist kaum finanzieller Spielraum für unvorhergesehene oder außergewöhnliche Belastungen vorhanden. Zu erwähnen ist auch, dass die EK im Vergleich zu den anderen beiden Organisationen die Entwicklung des Haushaltsdefizits am positivsten bewertet. Der IWF bzw. die OECD gehen 2016 von einem öffentlichen Defizit von 1,8 % bzw. 1,6 % des BIP aus.

Obwohl Österreich von allen OECD-Staaten, gemessen am BIP, die höchste Staatsausgabenquote mit 52,7 % (OECD-Durchschnitt: 45,8 %) verzeichnet, bringen die hohen Ausgaben im Vergleich mit anderen OECD-Staaten nur mittelmäßige Resultate. Indem Effizienzen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Pensionen verbessert und Inkongruenzen gesenkt werden, könnten Österreichs Staatsausgaben laut OECD bis 2020 um 4 Prozentpunkte gesenkt werden.

Ohne Strukturreformen, beispielsweise im Sozial- und Gesundheitssektor, würde aufgrund der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden steigenden Ausgaben für Pflege, Gesundheit und Pensionen das Defizit bis 2060 auf 130 % des BIP schnellen.

Empfehlung der EK:

Einen strukturellen Haushaltsüberschuss von 0,5% des BIP bis 2018 vorsehen.



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der EK: 2015 positiv, 2016 und 2017 ist die Erreichung eines strukturellen Budgetüberschusses mit vielen Risiken verbunden.

Empfehlung der EK und des IWF:

Budgetneutralität der Steuerreform, mit der die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringert werden soll, sicherstellen (EK) und an Reduktionen der Ausgaben oder an Effizienzsteigerungen koppeln (IWF).



Umsetzung der Empfehlungen aus Sicht der EK: Einige Fortschritte sind bei der Gewährleistung der Budgetneutralität der Steuerreform zu verzeichnen. Jedoch handelt es sich dabei weitgehend um Maßnahmen gegen Steuerbetrug, deren Erträge naturgemäß ungewiss sind. Weitere Risiken sind das zeitliche Auseinanderfallen zwischen Steuerentlastungen und einnahmenseitigen Gegenfinanzierungen, die budgetäre Fehlbeträge in den ersten Jahren erwarten lassen.

Exkurs: Fiskalpolitische Einschätzungen aus Österreich - Empfehlungen des Fiskalrates

Der Fiskalrat geht hinsichtlich des Budgetdefizits, auch unter Herausrechnung der temporären Zusatzkosten für die Flüchtlingszuwanderung, von deutlich schlechteren Zahlen als die Europäische Kommission aus; seiner Frühjahrsprognose 2016 zufolge wird das Budgetdefizit 2016 und 2017 klar ansteigen (auf 2,0 % und 1,9 %; im Vergleich dazu EK: 0,9 % und 1,2 %) und zu einer Verfehlung des strukturell ausgeglichenen Budgets führen. Des Weiteren weist der Fiskalrat auch auf die budgetären Risiken betreffend der Gegenfinanzierung der Steuerreform hin.

Abgesehen von diesen divergierenden Prognosen zur Entwicklung des Haushaltsdefizits spricht der Fiskalrat ähnliche wirtschaftspolitische Empfehlungen wie die internationalen Organisationen aus. Empfohlen werden u.a. Reformen im Bildungsbereich und bei der zusätzlichen Entlastung des Faktors Arbeit sowie der Ausbau nachhaltiger Infrastrukturinvestitionen. Auch die Bestrebungen zur raschen Integration von Asylberechtigten werden begrüßt. Des Weiteren fordert der Fiskalrat Maßnahmen zur Stärkung der Nachhaltigkeit des Gesundheits- und Pensionensystems sowie zur Straffung und Vereinfachung der föderalen Aufgaben- und Finanzierungsstrukturen.

3.3.2. Steuerlast

Die internationalen Organisationen erachten die weitere Entlastung des Faktors Arbeit für wichtig, diese sollte jedoch an eine ausgabenseitige Reduktion der Staatsausgaben gekoppelt sein (IWF) oder durch eine Verlagerung der Steuerlast auf wachstumsfreundlichere Steuerquellen (EK) gegenfinanziert werden. Das Steuer- und Sozialleistungssystem sollte auch keine geschlechts-spezifische Ungleichgewichtung beinhalten. Die Steuersanktionen für Zweitverdiener (also von geringfügiger zu normaler Beschäftigung und von Teilzeit zu Vollzeit) sollten gesenkt und die Besteuerung von Doppelverdiener-Haushalten reduziert werden.

Empfehlung der EK, OECD und IWF:

Verringerung der Besteuerung von Arbeit, um die Beschäftigung und das Potenzialwachstum anzukurbeln



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der internationalen Organisationen: Im Juli 2015 hat Österreich eine umfassende Reform seines Steuersystems erlassen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, da die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringert wurde. Dies kurbelt kurzfristig den Konsum an, die Gesamtsteuerbelastung und die Belastung des Faktors Arbeit inklusive der Lohnnebenkosten bleibt im internationalen Vergleich jedoch nach wie vor hoch. Die Senkungen der Lohnnebenkosten iHv 1,2 Mrd. EUR ab 2016 werden positiv gesehen (Senkung der Insolvenzentgelt-Sicherungsbeitrags, Senkung des Beitrags zum FLAF, Senkung des Beitrags zum Nachtschwerarbeitergesetz). Laut WKÖ ist eine weitere, deutliche Senkung der Sozialversicherungsbeiträge iHv 5 Mrd. EUR mittelfristig anzustreben.

3.4 Standort und Systeme

3.4.1. Pensionen

Die steigende Bevölkerungsalterung und das niedrige faktische Pensionsantrittsalter stellen große Herausforderungen für die langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems dar. Das gesetzliche Pensionsalter ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern niedrig, das faktische Pensionsantrittsalter ist sogar noch niedriger und nimmt nur sehr langsam zu. Im Jahr 2020 wird das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen in Österreich das niedrigste der EU sein. Mit einer Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartungen könnten die Pensionsausgaben bis 2060 um 1 % des BIP verringert werden.

Empfehlungen der EK, OECD und IWF:

Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems treffen, und dazu das gesetzliche Pensionsalter für Frauen und Männer früher harmonisieren und das Pensionsalter an die Lebenserwartung koppeln



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der internationalen Organisationen: Begrenzte Fortschritte sind bei der Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems zu verzeichnen. Das tatsächliche Pensionsantrittsalter ist zwar von durchschnittlich 59,6 Jahre 2014 auf 60,2 Jahre 2015 gestiegen, liegt jedoch weiterhin unter dem gesetzlichen Pensionsalter.

Keine Fortschritte sind bei der schnelleren Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters von Frauen und Männern und bei der Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung zu verzeichnen (die momentane Regelung sieht eine vollständige Gleichstellung des gesetzlichen Pensionsalters von Frauen und Männern im Jahr 2033 vor). Die EK erwartet, dass die Pensionsausgaben bis 2040 um 0,8 % des BIPs steigen.

3.4.2. Gesundheitswesen

Das öffentliche Gesundheitssystem Österreichs zählt zu den kostenintensivsten in der EU und weist laut EK, gemessen am BIP, die dritthöchsten öffentlichen Gesundheitsausgaben auf. Auch im OECD-Vergleich leistet sich Österreich um 20 % höhere Ausgaben als vergleichbare Länder. Österreich ist der einzige Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, in dem vier verschiedene staatliche Stellen im Gesundheitswesen involviert sind (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger).

Mit einem überdimensionierten Krankensektor und einem unzureichend entwickelten ambulanten Sektor leidet Österreich unter strukturellen Ungleichgewichten. Eine Verlagerung der Pflege von Spitälern hin zur ambulanten Behandlung, eine bessere Anpassung der Zahl der Ärzte an die gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, eine Reduzierung der Anzahl an Spitalbetten, wo diese nicht ausreichend genutzt werden, sind erste Schritte für mehr Kosteneffizienz im Gesundheitssystem.

Die Zersplitterung der Aufgaben in Bundes-, Länder- und Gemeindefinanzierung und Bereitstellung von Leistungen schafft Ineffizienzen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Langzeitpflegeleistungen. Die Betreuungsinfrastruktur für pflegebedürftige ältere Menschen sollte daher weiter ausgebaut werden.

Empfehlungen der internationalen Organisationen:

Für mehr Kosteneffizienz im Gesundheitswesen sorgen



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der EK und OECD: Mit der Verschärfung des Zugangs zu Geldleistungen in den beiden niedrigsten Pflegegeldstufen im Jahr 2015 senkte die Regierung die Zahl der neuen Pflegegeldempfänger. Ein verschärfter Zugang zu den ersten beiden Pflegegeldstufen wird sich jedoch womöglich negativ auf die Beschäftigung von Frauen auswirken, auf die mehr Druck entsteht, ihre Beschäftigung aufzugeben, um informelle Pflegeaufgaben in der Familie zu übernehmen. Es konnten keine weiteren Fortschritte im Bereich Gesundheitswesen beobachtet werden.

3.4.3 Föderalismus und Verwaltung

Die Straffung der Beziehungen zwischen den einzelnen Ebenen des Staates stellt in Österreich seit Langem eine Herausforderung dar, die föderalistische Struktur Österreichs und die daraus resultierende mehrschichtige Organisation sind aber weiterhin komplex.

Von der Bundesregierung bereitgestellte Anteile an den Steuereinnahmen und Transferzahlungen sind die Haupteinnahmequellen der subnationalen Gebietskörperschaften, während ihr Anteil an eigenen Steuern einer der geringsten im OECD-Ländervergleich ist. Das daraus resultierende Ungleichgewicht weicht den Haushaltszwang auf und erklärt auch das außergewöhnlich hohe Niveau an übernommenen Garantien auf Länderebene.

Die große Zahl an Gemeinden schafft weitere Ausgabenineffizienz. Die Reform in der Steiermark, welche die Anzahl der Gemeinden halbierte, ist ein Schritt in die richtige Richtung, es sollten jedoch noch weitere Maßnahmen getroffen werden.

Empfehlungen der internationalen Organisationen:

Inkongruenz zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben abhelfen



Umsetzung der Empfehlung aus Sicht der internationalen Organisationen: Die Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung auf den unterschiedlichen administrativen Ebenen sollte durch eine Erhöhung der Steuerautonomie auf subnationalem Level sowie durch eine Stärkung der Verbindung zwischen Einnahmen und Ausgaben auf Bundesländer- und Gemeindeebene reformiert werden. 2011 hat die Regierung den Österreichischen Stabilitätspakt verabschiedet, der Ausgabenobergrenzen und Grenzen des strukturellen Defizits auf allen Regierungsebenen ab 2017 beinhaltet. Sofern dies korrekt umgesetzt wird, hat diese Reform Potenzial, Mehrausgaben zu reduzieren.

Ein erster Schritt in Richtung Korrektur der Inkongruenz zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben wurde mit der Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften für die subnationalen Gebietskörperschaften erzielt (anwendbar ab 2019/2020).

Empfehlungen gegliedert nach zeitlicher Wirkung und Bereichen von Zukunft | Wirtschaft

Bereich/Empfehlung	Umsetzung Zeithorizont*		
	Kurzfristig	Mittelfristig	Langfristig
3.1. Wachstum und Unternehmertum			
Investitionen	x		
Innovation		x	
Dienstleistung		x	
Banken	x		
3.2. Fachkräfte und Bildung			
Bildung	x	x	
Ältere Arbeitnehmer	x	x	
Migration	x	x	
Gender	x	x	
3.3. Entlastung und Bürokratieabbau			
Finanzen	x		
Steuerlast	x	x	
3.4. Standort und Systeme			
Pensionen		x	x
Gesundheitssystem		x	x
Föderalismus			x

*Zeithorizont bis Reformen im jeweiligen Bereich Wirkung entfalten.

4 Ergebnis: Diagnose Österreich 2016

Die internationalen Organisationen EK, OECD und IMF sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass Österreich noch über positive, absolute Wirtschaftseckdaten verfügt, diese sich allerdings in den letzten Jahren zunehmend relativ verschlechtert haben. Auch wenn Österreichs Wirtschaft 2016 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder über 1 % Wachstum verzeichnen kann, sind damit einstige Spitzenpositionen in den Bereichen Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation und Produktivität noch nicht zurückgewonnen.

Um den Wachstumsvorsprung gegenüber anderen europäischen Ländern wieder zu erreichen, muss eine rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Unternehmertum, Investitionen und Beschäftigung in Österreich oberste Priorität haben. Untenstehend die wichtigsten wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich zusammengefasst auf einen Blick:

Das Fiskalische Umfeld verbessern

- Das strukturelle Defizit langfristig einhalten und Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit oder Pflege umsetzen
- Maßnahmen treffen, die die Stabilität des Finanzsektors weiter stärken
- Die Besteuerung von Arbeit verringern, um die Beschäftigung und das Potenzialwachstum anzukurbeln; zukünftige Steuerreformen an gleichzeitige Ausgabensenkungen koppeln

Soziale Systeme stärken

- Maßnahmen setzen, die die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems gewährleisten, wie die raschere Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen und Männer und die Koppelung des Pensionsalters an die Lebenserwartung
- Die Schlupflöcher zur Frühpensionierung schließen und die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften stärken
- Für mehr Kosteneffizienz im Gesundheitswesen sorgen

Arbeitsmarkt und Bildung inklusiver gestalten

- Mehr Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeleistungen bereitstellen um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen
- Eine aktive Integrationspolitik umsetzen
- Bildung inklusiver gestalten und dadurch die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen verbessern

Föderalismus und Verwaltung ausbalancieren

- Die Finanzierungsungleichgewichte zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen beseitigen und dadurch die Effizienz stärken

Wachstum und Wettbewerb ankurbeln

- Unverhältnismäßige Schranken für Dienstleistungsanbieter und Hindernisse für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen beseitigen
- Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes für Unternehmensgründung und -führung erhöhen
- Die Innovationsleistungen stärken

4.1 Österreichs Stärken und Schwächen auf einen Blick

Stärken...

- hoher Wohlstand und sozialer Friede
- qualifizierte Fachkräfte
- stabiler Arbeitsmarkt
- geringere Einkommensunterschiede

Schwächen...

- strukturelle Schwächen bei Pensionen, Gesundheit und Bildung
- überdurchschnittliche Steuer- & Abgabenbelastung
- ineffiziente föderalistische Verwaltungsstruktur
- hohe öffentliche Verschuldung

5 Quellen

Europäische Kommission, Länderbericht Österreich 2016 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, SWD(2016) 88 final, Februar 2016

Europäische Kommission, Empfehlungen des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2016 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2016, COM(2016) 340 final, Mai 2016

IWF, Austria: 2015 Article IV Consultation, IMF Country Report 16/50, Februar 2016

OECD, Economic Surveys Austria, Juli 2015

OECD, Economic Policy Reforms 2016, Going for Growth Interim Report, Februar 2016

Bundeskanzleramt, Nationales Reformprogramm Österreich, 2016

Fiskalrat, Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2015 - 2020, Mai 2016